VON HAUSARZT ZU HAUSARZT

Dr. Gerd W. Zimmermann
Facharzt für
Allgemeinmedizin
Kapellenstraße 9,
D-65719 Hofheim

Ärzteportale: Beleidigungen nicht hinnehmen

— Ärzte, die in Arztbewertungsportalen beurteilt werden, müssen das, was dort über sie steht, nicht hinnehmen. Nur Meinungsäußerungen sind dort zulässig, Beleidigungen aber nicht. Nach dem Bundesdatenschutzgesetz müssen Ärzte darüber informiert werden, wenn sie eine Bewertung erhalten haben. Die Onlineempfehlungen stellen nämlich personenbezogene Daten dar, und nach dem Bundesdatenschutzgesetz hat jeder Mensch das Recht zu wissen, was über ihn geschrieben steht.

MMW Kommentar

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang ein Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 27.3.2007 (Aktenzeichen: VI ZR 101/06) im Hinblick auf den „Unterlassungsanspruch gegen den Betreiber eines Meinungsforums im Internet wegen eines in dieses eingestellten ehrverletzenden Beitrags“. In diesem Urteil bestätigt der BGH, dass der betroffene Arzt die Löschung solcher beleidigender Äußerungen auch dann vom Betreiber des Forums fordern kann, wenn ihm die Identität des Autors solcher „Beurteilungen“ bekannt ist.

„Röslers Gesetz“ trifft Hausärzte zumindest extrabudgetär nicht

— Die gesetzlichen Änderungen, die in § 73b SGB V durch die Koalitionsregierung vorgesehen sind, lassen einen Abschluss von Hausarztzentrierungsverträgen nur noch zu, wenn das aus der Gesamtvergütung resultierende Honorar den durchschnittlichen Fallwert der Hausärzte in der Region nicht überschreitet. Die Verträge müssen dabei so abgeschlossen werden, dass der Grundsatz der Beitragsstabilität gewahrt wird.

Ob dies im Einzelfall gegeben ist, muss das regionale Aufsichtsministerium prüfen. Erst nach dessen Freigabe kann dann selbst eine ggf. durch einen Schiedsmanngetragene Entscheidung umgesetzt werden. Da Änderungen in § 87d SGB V zugleich festlegen, dass in den Jahren 2011 und 2012 der Orientierungspunktwert von 3,5048 Cent überhaupt nicht und der Leistungsbedarf (abgerechnetes Punktzahlvolumen) nur gering angehoben

werden darf, resultiert für die Vertragsärztinnen und -ärzte eine zweijährige Honorarnullrunde.

Eine kleine honorartechnische Lücke lässt allerdings der Absatz 4 des § 87d SGB V zu. Dort wird geregelt, dass in den Jahren 2011 und 2012 auch extrabudgetäre Leistungen nur noch begrenzt wachsen dürfen, nämlich in Höhe der halben jeweiligen Grundlohnsumentensteigerung. Ausgenommen von dieser Regelung sind Präventionsleistungen wie die Früherkennungsuntersuchungen auf Krebserkrankungen, der Check-up und das Hautkrebsscreening. Leistungen, die nicht Gegenstand der Gesamtvergütung sind, wie Impfungen und in Disease-Management-Programme (DMP), fallen ebenfalls nicht unter die Mengenbremse.

MMW Kommentar

Damit ist klar, Honorarsteigerungen im hausärztlichen Bereich sind 2011 und 2012 nur über Präventionsleistungen und DMP möglich. Das ist mehr als ärgerlich, sollte aber Anlass zu richtungsorientierten Entscheidungen in der hausärztlichen Honorarabrechnung sein. Bekanntlich ist die Teilnahme der Versicherten an Präventionsleistungen immer noch gering und damit ausbaufähig.

Ab 1.1.2011 sollte der Hausarzt zusammen mit seinem Personal deshalb zumindest den Versuch unternehmen, möglichst bei allen Versicherten, die in seine Praxis kommen, entsprechende Präventionsleistungen durchzuführen. Dabei gilt es – unter Beachtung der Frequenzen und der Altersgrenzen – zeitökonomisch vorzugehen. Krebsvorsorge, Check-up und Hautkrebsscreening können bekanntlich

in einer Sitzung durchgeführt und berechnet werden und der Impfstatus kann bei dieser Gelegenheit auch gleich abgeklärt und ergänzt werden. Bei den chronisch Kranken sollte man vermehrt überprüfen, wer noch nicht in einem DMP-Programm eingeschrieben ist.

Berücksichtigt man, dass nach dem 1.1.2011 die Teilnahme an einem HZV-Vertrag nur noch ein Honorar in der Größenordnung des durchschnittlichen Fallwertes ergeben darf, zeigt sich zugleich die Denkschwäche unserer politisch Verantwortlichen. Ein solcher Fallwert würde Präventionsleistungen beinhalten und auf diese Weise ebenfalls begrenzen, während außerhalb des HZV-Vertrages noch ein unbegrenztes Wachstum beim Präventionshonorar möglich ist.